

Steuerreform: ÖAMTC begrüßt aufkommensneutrale Ökologisierung

Details werden zeigen, ob Autofahrer tatsächlich nicht mehr Steuern zahlen

Wien (OTS) - Das heutige Bekenntnis der Bundesregierung zur aufkommensneutralen Änderung der NoVA und der motorbezogenen Versicherungssteuer sieht der Mobilitätsclub positiv. "Statt auf zusätzliche Belastungen wird auf stärkere Anreize zum Kauf von effizienteren Neufahrzeugen gesetzt. Damit hat jeder Neuwagenkäufer seine Steuerlast selbst in der Hand und es kommt zu keiner Zwangsbelastung aller übrigen Autofahrer", fasst ÖAMTC-Verkehrswirtschaftsexperte Martin Grasslober zusammen. Um den Lenkungseffekt dieser Änderungen zu verstärken, ist es allerdings noch notwendig, Transparenz für Konsumenten zu schaffen. "Dafür sollte die genaue Höhe von NoVA und motorbezogener Versicherungssteuer bereits in den Verkaufsunterlagen der Kfz-Händler und in der Abrechnung der Haftpflichtversicherung sichtbar gemacht werden", fordert der ÖAMTC-Experte.

Durch die Einführung des neuen Messverfahrens WLTP für die Normverbräuche drohte eine Erhöhung der Steuerbelastung durch die NoVA in Höhe von insgesamt 570 Millionen Euro. "Nur weil der Verbrauch im Labor steigt, während sich auf der Straße nichts ändert, dürfen die Konsumenten nicht zusätzlich belastet werden", stellt der ÖAMTC-Experte klar. Ob die Mehrbelastung durch das WLTP-Messverfahren mit der Steuerreform gänzlich ausgeglichen wird und es wirklich zu einer aufkommensneutralen Änderung der motorbezogenen Versicherungssteuer kommt, wird sich erst anhand der noch zu präsentierenden Details zeigen.

Alternative Kraftstoffe weiter forcieren, um CO₂-Emissionen zu senken

Wie der Expertenbericht "Mobilität & Klimaschutz 2030" des ÖAMTC, aber auch der Sachstandsbericht Mobilität des Umweltbundesamtes zeigt, bietet die vermehrte Beimischung von alternativen Kraftstoffen eine wirkungsvolle Maßnahme, die CO₂-Emissionen im Verkehr zu senken. "Hier ist es an der Politik, neben Anreizen zum Kauf effizienterer Fahrzeuge auch für die Rahmenbedingungen zum vermehrten Einsatz von alternativen Kraftstoffen zu sorgen", fordert Grasslober.